

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erstein Stück mit Aufnahme der Sonntags- und Festtage wöchentlich 5 Mk. für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4.50 Mk., durch unsere Auslieferung monatlich 5 Mk., auf dem Lande 5.15 Mk., durch die Post wöchentlich 15.25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postbelegungen sowie unsere Auslieferung und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Steuern, Abgaben oder sonstiger Preisveränderungen bei der Bestellung keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgang des Bezugspreises.



Insertionspreis 1 Mk. für die 6 geliebte Zeilen oder deren Raum, Restliches, die 2 stellige Kopfzeile 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Ermäßigung. Bezahlungen im amtlichen Zeit nur von Zeitungen die 2 geliebte Zeilen 3 Mk. Nachzahlungsbetrag 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Abholung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abonnent ersucht, wenn der Bezug durch Frage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontakt gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pässig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 168.

Donnerstag den 21. Juli 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der amerikanische Geschäftsträger in Berlin verhandelt mit dem deutschen Außenminister über die deutsch-amerikanischen Friedensbedingungen.
- * Die Tagung des Obersten Rates und damit die Entscheidung über Oberschlesien soll bis auf unbestimmte Zeit verschoben sein.
- * Die Meldung von einer russischen Mobilisation von sieben Jahresklassen bestätigt sich nicht. Im Gegenteil seien frühere Jahresklassen wieder nach Hause geschickt worden.
- * Charles W. Herring, der erste Beisitzer im Handelsamt Herbert Hoovers, wurde als erster Handelsgeschäftsträger für Berlin in Aussicht genommen.
- * In Japan ist lebhafteste Beunruhigung wegen der Harbinischen Abwicklungspläne entstanden.

Verhandlungspause.

Trotz der sensationellen Wendung, die Herr Briand den Kriegsbeschuldigtenprozessen vor dem Reichsgericht zu geben versah, indem er seine Leute aus Leipzig Hals über Kopf nach Frankreich zurückvertrieb, ist auch das letzte Reichsgerichtsurteil gegen die beiden U-Boot-Offiziere Dithmar und Boldt in Deutschland mit großer Ruhe aufgenommen worden. Gewiß fehlt es an Widerspruch gegen die Art und Weise, wie das Reichsgericht den Fall behandelt hat, nicht, und man wird es besonders verstehen, wenn aus den Reihen der früheren Marineoffiziere an der ganzen Auffassung und an der Beurteilung des Falles scharfe Kritik geübt wird. Aber der Deutsche ist nun einmal gewöhnt, sich dem Gesetz und nur dem Gesetz zu unterwerfen, und er hat in jahrzehntelanger Erfahrung die unbedingte richterliche Unabhängigkeit des Reichsgerichts seine unerschütterliche Verehrung als ein wertvolles Kulturgut unserer Volksgemeinschaft gelehrt, daß er sich den Urteilsurteilen dieses Reichsgerichts auch dann gehorcht, wenn nach seinem Gefühl ein „Nein“ zu tragen peinlich“ übrig geblieben ist. In diesem Falle mußten viele an der Tatsache Anstoß nehmen, daß eine reine Kriegshandlung viele Jahre später mit der Eile bürgerlicher Rechtsanschauungen gemessen wurde. Und selbst vom Boden dieser bürgerlichen Rechtsanschauungen aus läßt sich wohl dieser oder jener Zweifel geltend machen, ob das Reichsgericht den Besonderheiten des U-Bootkampfes wirklich nach allen Seiten hin Rechnung getragen hat. So unterliegt z. B. die scharfe Beurteilung der Motive, aus denen heraus die angeklagten Offiziere dem Reichsgericht zufolge gehandelt haben, mancher Anfechtung; ebenso wird die Scheidung der Vorgänge, die zur gerichtlichen Beurteilung fanden, in eigentliche Kampfhandlung und daran sich anschließende Handlungen kriegerischen Charakters schwerlich auf allgemeine Zustimmung rechnen können. Aber das Reichsgericht ist eben ein bürgerliches Gericht und zur Handhabung bürgerlicher Gesetze verpflichtet. Möglich, daß unsere Militärgerichte, wie wir sie früher besaßen, zu anderen Ergebnissen gelangt wären. Aber ihnen hätten die Ententeleistungen wiederum die Aburteilung der sogenannten Kriegsverbrecher nicht überlassen, und wir dürfen schließlich doch nicht vergessen, daß wir seinerzeit nur zwischen zwei Abeln zu wählen hatten: der Auslieferung dieser unserer Volksgenossen und ihrer Aburteilung durch den höchsten deutschen Gerichtshof. So müssen wir denn die Unbilligkeit, ja selbst die Möglichkeit von Fehlurteilen, wie sie unter so ungewöhnlichen Umständen nur schwer zu verhindern sind, gern und ungern in Kauf nehmen.

Aber unsere Feinde, haben sie ein Recht, sich durch die Tätigkeit des Reichsgerichts irgendwie beschwert zu fühlen? Konnten oder durften sie gar erwarten, daß das Reichsgericht zu allem Ja und Amen sagen würde, was man ihm in Zukunft sehr sorgfältig abgefaßten Anklageschriften vorzulegen für gut fand? Zur Aburteilung, nicht zur Beurteilung der sogenannten Kriegsverbrecher hat Deutschland sich verpflichtet, und indem die Ententeleistungen darin willigen, daß die Einlösung dieser Aufgabe dem Reichsgericht übertragen wurde, mußten sie von vornherein ebenso sehr auf Freisprechung wie auf Verurteilungen gefaßt sein. Daß General von Stenger freigesprochen, Major Crusius dagegen, sein Untergebener, verurteilt, daß der U-Boot-Kommandant Pabig überhaupt nicht zur Verantwortung gezogen, wohl aber seine beiden Untergebenen ins Gefängnis geschickt wurden, lassen die Franzosen nun dahin auf, als gehe das Reichsgericht nur darauf aus, die niedrigeren Organe der Kriegsführung „abzurteilen“, während die eigentlich verantwortlichen Männer frei ausgeben sollten. Eine solche Beschuldigung kann nur auf Böswilligkeit oder auf Unwissenheit beruhen. Sie wird auch offenbar außerhalb Frankreichs an keiner Stelle geteilt, und die Franzosen haben sich in diesem Falle, wie schon wiederholt bei anderen Gelegenheiten, auch ihren engeren Bundesgenossen gegenüber ins Unrecht gesetzt. Die Belgier haben ihnen allenfalls noch mit gefälligen Worten Gefolgschaft geleistet, die Engländer dagegen zeigen sich gewillt, dem Reichsgericht so viel Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, wie es billigerweise auch von den ehemaligen Feinden des deutschen Reiches beanspruchen darf. Herr Briand wird also mit seiner Behauptung, daß Deutschland in der Kriegsbeschuldigtenfrage

jetten Verpflichtungen nicht nachgekommen sei, in London schwerlich Glück haben — womit allerdings nicht gesagt ist, daß er nicht trotzdem, gestützt auf diese Behauptung, gegen Deutschland tun wird, was ihm gut dünkt. Soweit sind wir ja nun einmal unter der Herrschaft des glorreichen Friedensvertrages von Versailles in der Welt gekommen. Die Verhandlungen in Leipzig sind nach Abreise der Franzosen weitergeführt worden, als wenn nichts geschehen wäre. Sie werden auch nach der längeren Pause, die jetzt eintreten muß, voraussichtlich wieder aufgenommen werden, wie es das auf Verlangen der Entente beschlossene Reichsgesetz verlangt. Von der Bindung an dieses Gesetz kann uns nur wieder die Gesamtheit der Ententeleistungen befreien, nicht dieser oder jener Einzelstaat, der mit leichtfertig erhobenen Anklagen gegenüber der Unparteilichkeit des höchsten deutschen Gerichtshofes nicht auf seine Kosten kommt. Die Franzosen täten besser daran, die mehrwöchentliche Verhandlungspause während des Sommers zu besserer Fundierung ihrer Anklageschriften zu benutzen, denn würden ihnen weitere Enttäuschungen erspart bleiben.

Herrn Briand zur Kenntnis.

Die Wahrheit über Oberschlesien.

Was an der neuen Note der Franzosen über Oberschlesien bei uns die größte Überraschung und zugleich die tiefste Enttäuschung hervorrief, das war die heuchlerische Art, in der sich die französische Regierung den Anschein gab, als sei sie nur von zahllosen deutschen Untaten und Verfehlungen in Oberschlesien unterrichtet, und als habe sie nie ein Wörtchen von den drei polnischen Aufständen und von allen damit verbundenen Greueln gehört. Der deutsche Außenminister Dr. Rosen hat bekanntlich gleich beim Empfang der Note auf diese unehrliche Stellungnahme Briands aufmerksam gemacht, die sich besonders klar darin zu erkennen gibt, daß der französische Vorkämpfer in Berlin kurz zuvor eine Unterredung mit Dr. Rosen gehabt hatte, bei der auch ein Industrieller aus Oberschlesien selbst zugegen war, der dem Vorkämpfer eine eingehende Schilderung von der wahren Lage in Oberschlesien gab. Es versteht sich von selbst, daß der Vorkämpfer dem französischen Ministerpräsidenten, seinem Vorgesetzten, von dieser Unterredung in Kenntnis gesetzt haben muß und trotzdem stellt sich Herr Briand blind und taub. Es ist daher zu begrüßen, daß jetzt dieser dem Vorkämpfer vorgetragene

Bericht des obereschlesischen Industriellen

in seinen wesentlichen Teilen veröffentlicht wird, damit man weiß, was Herr Briand auch wollte, ehe er seine verlogene Note abfaßt. Der Oberschlesier erklärte auf die Fragen des Vorkämpfers u. a.:

Außerlich sieht es besser aus als vor dem Abkommen mit Korsant wegen der Räumung, weil die großen Straßen von polnischen Insurgenten frei seien und man ungehindert auf ihnen verkehren könne. Die Eisenbahn zwischen Kattowitz und Gleiwitz war nicht benutzbar, weil die Jäger von polnischen Insurgenten angehalten und geplündert wurden. Die polnischen Insurgenten sind nach wie vor teils in der Nähe der geräumten Orte, z. B. dicht bei Kattowitz zurückgekehrt, welche sie nach dem Abkommen geräumt haben sollten. So sind die polnischen Insurgenten, welche aus den nördlichen Stadtteilen von Königshütte abgezogen waren, nach wenigen Stunden in diesen Stadtteilen wieder zurückgekehrt. Die Behörden der polnischen Insurgenten sind nach wie vor in Funktion geblieben. Sie erheben Steuern, sie heben junge Leute zum Militär aus und sie verweigern den ordentlichen deutschen Behörden, z. B. dem Landrat, den Gehorsam. Ein Teil der polnischen Insurgenten ist nach Polen abtransportiert worden, um dort militärisch ausgebildet zu werden und nach ihrer Heimat Oberschlesien alsdann zurückzuführen. Sie sollen als

Stammformationen für den vierten Aufstand

dienen. Ein anderer Teil der obereschlesischen polnischen Insurgenten ist in Oberschlesien geblieben und hat seine Waffen nicht abgegeben, sondern in Sammelstellen abgegeben, von wo aus sie verstreut werden. Dafür sind Rekenweier mit Zint ausgeschlagene und beschlagene Kisten angefertigt worden, damit die darin untergebrachten und nachher vergrabenen Waffen durch die Feindschaft nicht leiden. Meines Wissens sind die Hallerfeldaten, soweit sie nicht aus Oberschlesien kommen, nach Polen zurücktransportiert worden, und ebenso die regulären polnischen Truppen. Sie sind auf der Straße zwischen Sosnowice und Gienstochau versammelt und in der Lage, von Sosnowice aus in einer halben Stunde, von Gienstochau aus in wenigen Stunden nach Oberschlesien hineinzukommen. Man hat gesehen, daß viel Artillerie nach Polen zurücktransportiert worden ist, darunter auch schwere Geschütze von 125 Zentimeter Kaliber. Vor ungefähr 10 oder 11 Tagen haben zwei Eisenbahnzüge von je 50 Wägen, vollständig besetzt mit Hallerfeldaten, den Bahnhof Kattowitz in der Richtung nach Westen verlassen und sind, wie einwandfrei festgestellt wurde, über Ida, welche in der Richtung nach Gleiwitz weitergegangen. Da die ganze Organisation der polnischen Insurgenten, also die Behörden usw., noch funktioniert, so ist die Organisation für einen vierten Aufstand bereit, und

der Aufstand kann jeden Augenblick losbrechen.

Soweit mir bekannt, weiß unter dem Schutze des Amnestiegesetzes Herr Korsant noch in Schoppitz, also im Abstammungsgebiet. In Oberschlesien zweifelt niemand daran, daß der vierte polnische Aufstand mit aller Energie und unter Mitwirkung Polens und unter Führung der französischen Behörden vorbereitet wird und jederzeit ausbrechen könnte. In diesem Falle ist die deutsche Bevölkerung der Schreckensherr-

schaft der polnischen Insurgenten schloß preisgegeben, da ja bis dahin der Deutsche Selbstschutz nicht mehr bestehen wird.

Die verschobene Entscheidung.

Die beiden Mittel, durch die Herr Briand seine ober-schlesischen Pläne fördern will, sind neben der Entsendung vor allem die weitere Verschiebung der entscheidenden Zusammenkunft des Obersten Rates. Die englische Regierung hat Briand aufgefordert, näher anzugeben, wie er sich die weitere Behandlung der ganzen Frage denkt. Wenn auch nach englischer Ansicht die geplante Sachverständigenbefragung vermutlich zu keinem bestimmten Ergebnis führen wird, so war man doch der Meinung, daß der Oberste Rat die Frage möglichst bald behandeln sollte, und daß die Sachverständigen deshalb unverzüglich zusammenzutreten und bis zum 24. Juli an den Obersten Rat berichten sollten. Briand stimmt mit der britischen Regierung darin überein, daß die Sachverständigen nicht viel wirklich wertvolle Arbeit bis zu jenem Zeitpunkt leisten könnten. Er erklärt überdies, daß die Lage in Oberschlesien so schlecht sei, daß es ganz unmöglich sein würde, irgendwelche Entscheidungen durchzuführen, die erreicht werden könnten, und daß es insoweit nutzlos sein würde, den Obersten Rat noch in diesem Monat einzuberufen. Auf Grund dieser Wünsche wird von Paris aus bereits als fester Beschluß gemeldet: Da Lloyd George den ganzen Monat August über in Urlaub gehen wird und Briand in der zweiten Hälfte des Monats Juli nicht abkömmlich sein wird, wird der Zusammentritt des Obersten Rates ohne Termin verschoben.

Dennoch ist in dieser Angelegenheit noch keine völlige Klarheit geschaffen. So scheint die englische Regierung den Vorschlag, eine sofortige Lösung zu treffen, keineswegs aufzugeben zu wollen und scheint weiterhin auch nicht bereit zu sein, auch nur eine Brigade nach Oberschlesien zu entsenden. Der „Matin“ ist der Auffassung, daß der Oberste Rat sich wahrscheinlich Mitte August zusammensetzen wird und zwar in einer der Schweiz benachbarten französischen Stadt, die nicht zu weit von dem Ferienaufenthalt Lloyd Georges entfernt ist und gleichzeitig auch von dem italienischen Minister mit Leichtigkeit erreicht werden kann.

Was dem einen recht ist...

„Bestminster Gazette“ schreibt: Die Entsendung neuer Truppen, um die Deutschen in Ordnung zu halten, bringt uns der Lösung nicht näher, wenn nicht die gleiche Maßnahme gegen die Polen angewendet wird. Eine erneute Zusammenkunft von Sachverständigen kann nur den einen Erfolg haben, eine neue Verzögerung herbeizuführen. Das Blatt fragt, ob vielleicht die obereschlesische Frage, die Frage der Zwangsmaßnahmen und der Vertrag von Sevres bis zur Abrüstungskonferenz unerledigt bleiben sollen, und ob auf dieser Konferenz die Kämpfe des Obersten Rates fortgesetzt werden sollen. — „Daily Telegraph“ sagt, die Entsendung weiterer französischer Truppen nach Oberschlesien würde wohl die Pazifizierung des Landes nicht sichern, und fährt dann fort: Unsere eigenen Vertreter haben ebensoviel bewaffnete Polen oder solche, die über die Grenze hätten zurückkehren müssen, entdeckt, wie ihre französischen Kollegen unter ähnlichen Umständen Deutsche entdeckt haben. Die Widerarbeiten in den Dörfern außerhalb der Ortschaften mit Garnisonen sind nicht geschätzt.

Fortdauer der Kämpfe.

In der Rosenberger Gegend kam es zu erneuten Bandenkämpfen. Gegenüber dem Grenzort Wozanowitz liegen ein polnisches Infanterieregiment, ein Infanterieregiment und ein Pionierregiment. In Kattowitz und Umgegend behelmte Oberschlesier sind aus Kongresspolen in voller Uniform zurückgekehrt. Der Fahrer erzählte, daß er und seine Gruppe jetzt Hallerfeldaten seien und den Aufstand in Oberschlesien an der Front mitgemacht hätten. Sie seien nach dem Kreise Kattowitz ohne besonderen Auftrag entlassen. Von der Zentrale für obereschlesische Hallerfeldaten in Sosnowice habe er pro Mann 900 Mark Löbning empfangen. Der Verband ehemaliger polnischer Aufständischer aus Oberschlesien erläßt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Die Zeit zum Anrücken ist für uns noch nicht gekommen. Wir sind dabei, in allen Ortschaften Gruppen von ehemaligen Aufständischen zu bilden, die von einer starken Organisation umfaßt werden.

Französische Hausdurchsuchungen.

In Gleiwitz sind mehrere Hausdurchsuchungen vorgenommen worden, u. a. auch im deutschen Wehlfiskusamtsariat. Es wurden viele Verhaftungen deutscher vorgenommen. Die ganze Energie der Franzosen richtet sich nach wie vor lediglich gegen die Deutschen, während nichts dagegen getan wird, daß in vielen Orten des Landkreises immer noch die polnischen Banditen umherstreifen und Leben und Eigentum der deutschen Bevölkerung gefährden.

Korsant in Paris.

Korsant ist zu mehrtägigem Besuch in Paris eingetroffen. Da seine Reise angeblich geheim bleiben sollte, hat er sich eine achtstündige Eisenbahnfahrt durch die Tschechoslowakei, Österreich und die Schweiz anferlegt. In Paris ist er nicht in einem Hotel, sondern in einem